

Wenn der Stromkunde für den Golfclub zahlt

Energie So viele Firmen wie nie sind von den Netzgebühren befreit. In diesem Jahr könnten 1500 Betriebe dazukommen – auch aus der Region

Berlin Wenn man so will, muss der Golfclub Johannesthaler Hof als Sündenbock für eine unfaire Kostenverteilung bei der Energiewende herhalten. Der Club am Rande des Schwarzwalds kommt wegen eines starken Stromverbrauchs in lastschwachen Nebenzeiten – etwa wenn Bewässerungsanlagen nachts laufen – bis 2015 in den Genuss geringerer Netzentgelte. Das Beispiel dient gerade den Grünen für scharfe Angriffe. Und neue Zahlen zeigen: Die von Union und FDP ausgeweiteten Rabatte nutzen immer mehr Firmen und Einrichtungen.

Wirtschafts-Staatssekretär Stefan Kapferer hat auf eine Anfrage der Grünen nun mitgeteilt, dass im laufenden Jahr bis zu 1500 neue Anträge bei der dafür zuständigen Bundesnetzagentur gestellt werden könnten. Da Befreiungen unbefristet oder für mehrere Jahre gewährt werden, kämen sie dazu. Einige Beispiele aus der Liste der genehmigten Anträge: der Friedrichstadtpalast in Berlin, Kühlhäuser, Schlachthöfe und Fast-Food-Imbisse.

SGL Carbon, Ihle und Hochland erhalten Rabatte

Auch in der Region finden sich einige Unternehmen, deren Anträge bereits genehmigt wurden. Dazu gehören das Meitinger Unternehmen SGL Carbon und Märker Zement in Harburg. In diesem Jahr dazugekommen sind unter anderem die Ihle Landbäckerei in Friedberg, die Käserei Hochland mit dem Standort Schongau und Zenker Backformen in Aichach. Sogar das Amtsgericht Aichach befindet sich auf der Liste. Die Zahl der Antragsteller ist

groß: Um die Befreiung von Netzentgelten bemühen sich unter anderem die Kuka AG in Gersthofen, die Gartencenter-Kette Dehner in Rain und die Ulmer Großbäckerei Staib – aber beispielsweise auch Freizeitparks wie das Legoland in Günzburg und der Allgäu-Skyline-Park in Kirchdorf.

Allerdings sind die Vorteile etwa beim Golfclub Johannesthaler Hof überschaubar. „Wir zahlen je nach Verbrauch 1500 bis 3000 Euro im Jahr weniger“, sagt Geschäftsführer Werner Schaffner. Ob das auch für die rund 2500 weiteren Firmen gilt, deren Anträge seit 2011 genehmigt wurden? Die Kosten für die Rabatte jedenfalls sind hoch. 2012 kletterten sie auf 440 Millionen Euro. Im laufenden Jahr könnten es geschätzt über 800 Millionen Euro sein.

Was bei der Förderung erneuerbarer Energien die Ökostrom-Umlage ist, ist in diesem Bereich die Paragraf-19-Umlage, mit der die anderen Stromverbraucher die Ausnahmen mitbezahlen (siehe Infokasten). Die Umlage ist Teil des Strompreises. Jeder Bürger zahlt derzeit 0,329 Cent pro Kilowattstunde. Pro Jahr macht das bei einem Durchschnittsverbrauch von 3500 Kilowattstunden rund 11,50 Euro aus. 2014 wird die Umlage allerdings auf 0,187 Cent sinken, wie gestern bekannt wurde. Unabhängig davon rechnet man mit einem Anstieg der Netzentgelte selbst, die ebenfalls Teil des Strompreises sind. Gründe dafür sind nicht Befreiungen bestimmter Unternehmen, sondern der Ausbau des Netzes.

Der Paragraf 19 der Stromnetzentgeltverordnung ist seit der Fu-

kushima-Wende ein Streitpunkt. Er wurde auch als „Mitternachtsparagraf“ bekannt, weil Änderungen in der turbulenten Schlussphase der Gesetzesberatungen kurz vor der Abstimmung weitgehend unbenutzt untergebracht wurden. So wurde neben reduzierten Netzentgelten bei hoher Stromabnahme nachts auch für die energieintensivsten Unternehmen mit einer konstant hohen Abnahme eine 100-prozentige Befreiung beschlossen. Union und FDP begründeten dies 2011 mit einer netzstabilisierenden Wirkung durch die gleichmäßige, berechenbare Stromabnahme – und einer Sicherung von Arbeitsplätzen.

Grünen-Politiker fordert weitere Anpassungen

Im Juli wurde der Paragraf vom Kabinett bereits in Teilen revidiert. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hatte die Komplettbefreiung bei einem enorm hohen Verbrauch gekippt, die EU-Kommission sah wettbewerbsrechtliche Probleme. Über 200 energieintensive Betriebe, die komplett von Netzentgelten befreit waren, müssen nun mindestens zehn Prozent der allgemeinen Kosten für den Transport von Strom bezahlen – vorausgesetzt, sie verbrauchen pro Jahr zehn Gigawattstunden Strom und nehmen über 8000 Stunden Strom ab.

Der Grünen-Politiker Oliver Krischer fordert von einer möglichen Großen Koalition, weitere Anpassungen vorzunehmen: „Es kann nicht sein, dass die privaten Haushalte die Strompreise für Golfplätze, Autohäuser und Hähnchenmäster mitbezahlen.“ (dpa, tai)



Immer mehr Unternehmen beantragen Ausnahmen bei den Netzentgelten. Das erhöht die Strompreise für die Bürger zusätzlich. Foto: Ulrich Wagner

Netzentgelte

Die Netzentgelte machen insgesamt etwa ein Fünftel des Strompreises aus und finanzieren den Betrieb und den Ausbau der Stromnetze.

Firmen, die besonders viel Energie verbrauchen oder diese vor allem an Tagesrandzeiten nutzen, können sich aber davon ganz oder teilweise befreien lassen. Die schwarz-gelbe Koalition hatte den Kreis dieser Firmen und die Möglichkeiten zur Entlastung 2011 deutlich ausgeweitet.

2011 und 2012 hatten knapp 4800 Unternehmen eine Befreiung von den Netzentgelten beantragt. Genehmigt wurde dies bislang in etwa

2500 Fällen, mehr als 1800 Verfahren sind noch offen. In gut 400 Fällen wurden die Antragsverfahren eingestellt, nicht einmal zehn Anträge wurden abgelehnt.

Für die ausfallenden Beiträge müssen Privatkunden und kleinere Firmen über eine Umlage aufkommen. Diese liegt derzeit bei 0,329 Cent je Kilowattstunde (kWh). 2014 wird sie auf 0,187 Cent sinken. Grund dafür ist eine im Juli beschlossene Reform, wonach eine Komplettbefreiung von Netzentgelten für die energieintensivsten Unternehmen aufgehoben worden war. (afp, dpa)

In Städten ist Wohnen überteuert

Preise für Immobilien stark gestiegen

Frankfurt Die Preise für Wohnungen in deutschen Städten sind nach Angaben der Bundesbank in den vergangenen Jahren so stark gestiegen, dass Wohnraum mittlerweile vielerorts überteuert ist. Auf den Immobilienmärkten in den Städten könne es „gegenwärtig Überbewertungen zwischen fünf und zehn Prozent geben“, hieß es im Monatsbericht der Bank. In Großstädten wie Hamburg, München oder Köln lägen die Preise sogar bis zu 20 Prozent über dem Niveau, das mit ökonomischen Faktoren erklärbar sei.

Zwar sei eine flächendeckende Überteuierung auf dem Markt für Wohnimmobilien in Deutschland noch „nicht zu erkennen“, hieß es im Bericht der Bundesbank. Jedoch habe es in den vergangenen Jahren in Ballungsräumen Preissteigerungen für Wohnungen und Häuser gegeben, die sich „fundamental nur noch schwer rechtfertigen lassen“. Wohnimmobilien hätten sich seit 2010 um durchschnittlich 8,25 Prozent verteuert.

Diese Entwicklung lasse „Befürchtungen hinsichtlich eines breit angelegten Immobilienpreisbooms aufkommen“, wenn sich der bislang eher auf größere Städte begrenzte Preisauftrieb im ganzen Land fortsetze, warnte die Bundesbank. „Überschießende Erwartungen oder Spekulationsmotive“ könnten in ganzen Regionen für höhere Immobilienpreise sorgen. Hintergrund des Preisanstiegs bei Immobilien sei, dass Wohnungen und Häuser in Deutschland in den vergangenen Jahren massiv an Attraktivität als Geldanlage gewonnen hätten. (afp)

KOMBINIEREN & KASSIEREN. DAS BILDER-RÄTSEL IST WIEDER DA.



Zeitung lesen, schlau kombinieren und
1.000,- € gewinnen. Täglich im Bayern-Teil.



Alles was uns bewegt